

2719/AB XXI.GP
Eingelangt am: 11.09.2001
BM für Verkehr, Innovation und Technologie

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2751/J - NR/2001 betreffend interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming, die die Abgeordneten Mag. Prammer und GenossInnen am 12. Juli 2001 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten;

Frage 1:

Ist Ihnen der Beschluss der österreichischen Bundesregierung vom 11. Juli 2000 über das „Gender Mainstreaming“, also die geschlechterspezifische Aufbereitung aller Politikfelder bekannt?

Antwort:

Ja.

Frage 2:

Wurde die im Ministerratsbeschluss vom 11. Juli 2001 angekündigte interministerielle Arbeitsgruppe schon konstituiert und wann ist das passiert?

Antwort:

Die konstitutionelle Sitzung hat am 10.11.2000 stattgefunden; hinsichtlich des bisherigen Ablaufs verweise ich auf die Stellungnahme des Bundesministers für Soziale Sicherheit und Generationen (PA 2750/J).

Frage 3:

Welche Personen Ihres Ressorts wurden in diese Arbeitsgruppe entsandt?

Antwort:

Entsprechend dem vorstehend genannten Regierungsbeschluss wurden als Gender Mainstreaming Beauftragte des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und

Technologie Frau Ministerialrätin Mag. Dr. Maria - Elisabeth Pösel sowie Frau Oberrätin Mag. Evelinde Grassegger als Stellvertreterin in diese Arbeitsgruppe entsandt.

Frage 4:

Wie oft und wie lange hat diese Arbeitsgruppe bisher getagt?

Antwort:

Ich verweise auf die Stellungnahme des Bundesministers für Soziale Sicherheit und Generationen (PA 2750/J), da diesem der Vorsitz der interministeriellen Arbeitsgruppe obliegt.

Frage 5:

Welche konkreten Ergebnisse - wie zum Beispiel Datenaufbereitung, eine Sichtung bestehender Gesetze und Abläufe sowie die Abgabe von Verbesserungsvorschlägen - hat diese Arbeitsgruppe in Ihrem Ressort bisher erzielt (bitte um Angabe der konkreten Einzelergebnisse)?

Antwort:

Hierzu verweise ich auf die Beantwortung der Fragen 2 und 4 (die Zuständigkeit für diese interministerielle Arbeitsgruppe liegt beim Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen).

Frage 6:

Was haben Sie schon unternommen, um dem Gender Mainstreaming in Ihrem Ressortbereich gerecht zu werden?

Antwort:

Einrichtung eines Frauenfachbeirates: Ziel des FFB, ist es den Bedürfnissen von Frauen auch in der Verkehrspolitik im größeren Ausmaß gerecht zu werden. In diesem Sinne unterstützt der Beirat den/die BundesministerIn durch die Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen, die Durchführung spezifischer Pilotprojekte um insbesondere die Chancengleichheit beim Zugang zum Verkehrssystem (iWS) zu fördern und zu gewährleisten. Es geht darum, Frauenbedürfnisse sichtbar zu machen, Anregungen und konkrete Vorschläge von Frauenseite auch bei allen verkehrsrelevanten Vorhaben zu berücksichtigen. Darüber hinaus bin ich generell bestrebt, die Thematik der notwendigen Berücksichtigung von Frauenanliegen in den verschiedensten Politikbereichen als Voraussetzung einer tatsächlichen gesellschaftspolitischen Gleichstellung von Mann und Frau einer breiteren Öffentlichkeit näher zu bringen und das Bewusstsein hierfür zu schärfen. Insofern hat das ho. Ressort mit dem FFB im Hinblick auf Gender Mainstreaming bereits eine Vorreiterrolle eingenommen.

Durchführung bzw. Förderung von frauenbezogenen Pilotprojekten und Studien:

- A) "Gmoabus Pötsching": Hierbei ging es um die Analyse des verkehrlichen Phänomens von sog. „Begleitverkehren“ sowie der Umsetzung konkreter

Maßnahmen infolge der Analyseergebnisse. Es ist ein wissenschaftliches Faktum, dass derartige „Begleitverkehre“ im überwiegenden Ausmaß von Frauen durchgeführt werden. Weiters, dass diese im überwiegenden Ausmaß durch Nutzung des ÖPNV erfolgen. Es hat sich gezeigt, dass sich durch entsprechende Maßnahmen (Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV in Form der Anpassung des ÖPNV - Angebotes an die Bedürfnisse der hauptbetroffenen Usergruppe) nicht nur der Anteil des ÖPNV steigern lässt (somit die Realisierung eines verkehrspolitischen Zieles), sondern auch die Mobilitätsqualität von Frauen und hierdurch die Möglichkeit, Beruf und Familie besser zu vereinen. Dieses Pilotprojekt ist ein wesentliches Beispiel für die Interdependenzen zwischen - in dem Fall - Verkehrspolitik und Frauenpolitik im Sinne der Realisierung von Chancengleichheit und somit auch ein Beispiel für konkrete Anwendung von Gender Mainstreaming. Nicht zuletzt deshalb wurde dieses Pilotprojekt auch mit dem österreichischen Umweltpreis prämiert.

- B) Netze machen mobil“ (Car free day): Im Rahmen des europäischen Projektes „Car free day“ haben sich unter dem Projekt - Motto „Netze machen mobil“ drei österreichische Modellgemeinden zur Teilnahme an diesem Projekt bereit erklärt. Ziel war u.a. die Analyse der Bedürfnisse an eine „frauenfreundliche“ Stadt.
- C) Studie „Frauen und Technologie“: Ziel dieser Studie ist die Situation von Frauen in den hochdotierten Forschungs - und Entwicklungsprogrammen zu untersuchen und Maßnahmen zu entwickeln, um deren Partizipation in Bezug auf Einkommen, Aufstiegschancen, Teilnahme an Programmen (insb. auch in Leitungsfunktionen z.B. als Koordinatorinnen) und Gestaltungsmöglichkeit in Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Um diese Zielsetzung zu erreichen werden insb. folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Mentoring Programme, Integration von Gender Aspekten in laufenden Programmen, Bevorzugung von Frauen und Schaffung familiengerechter Rahmenbedingungen, spezifische Förderprogramme. Die Ergebnisse der Studie sollen 2001/2002 umgesetzt werden.
- D) Studie „Internet als Qualifizierungsmedium unter besonderer Berücksichtigung der (geschlechtsspezifischen) Sicht von arbeitslosen Jugendlichen“: Untersucht wurden die Chancen der sozial stark benachteiligten Gruppe der arbeitslosen Jugendlichen im Hinblick auf eine Partizipation an der Informationsgesellschaft, wobei dem geschlechtsspezifischen Aspekt ein besonderes Augenmerk gewidmet wurde. Ziel war es, die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bedürfnisse zu analysieren, um eine einseitig männlich orientierte Förderung und Wissensvermittlung zu vermeiden.

Abschließend möchte ich festhalten, dass ich dem Projekt Gender Mainstreaming, wie auch dem Thema Gleichbehandlung im Sinne des Bundes - Gleichbehandlungsgesetzes große Bedeutung beimesse und bestrebt bin, den Beauftragten meines Ressorts größtmögliche Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten.